

## Was heißt und was folgt aus der „Zeitenwende“?

### Grundsätzliche Gedanken für eine globale Zukunft und konkrete Lösungsansätze

Die Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand legt im Folgenden eine Reihe von Gedanken zum Grundsätzlichen in der internationalen Politik nach und in der „Zeitenwende“ vor. Gleichzeitig beteiligen wir uns an der Diskussion des Papiers der Kommission Internationale Politik des SPD-Parteivorstandes [„Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“](#) und zeigen einige konkrete Lösungsansätze auf.

#### Gliederung

- A. [Die Herausforderungen ändern sich – die Grundsätze bleiben](#)
- B. [Deutschland in Europa und der Welt – wo unsere Aufgabe liegt und was wir unter Führung verstehen](#)
- C. [Eine wichtige Konsequenz der Zeitenwende – Europäische Souveränität](#)
- D. [Verantwortungsübernahme durch Deutschland – Antworten mit Zukunftsorientierung finden](#)
- E. [Die Verantwortung gegenüber den Ländern des globalen Südens wahrnehmen](#)

## **A.) Die Herausforderungen ändern sich – die Grundwerte bleiben**

Putins Russland führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, ein selbstbewusstes Land in seiner Nachbarschaft und ein freies Land in Europa. Spätestens mit dem militärischen Überfall Russlands auf die Ukraine ist die hoffnungsvolle Friedensdividende-Ära nach dem Kalten Krieg zu Ende gegangen. In erschreckender und verstörender Brutalität wird deutlich, wie verletzlich Grundprinzipien von Völkerrecht und Menschenrechten sind, wie bedenkenlos geschlossene Verträge über Sicherheit und Zusammenarbeit einseitig aufgekündigt werden können und wie tief und weitreichend die Rückwirkungen auf die gemeinsamen ökonomischen und ökologischen Lebensgrundlagen in der EINEN Welt für die Zukunft sind.

### **Die Zeitenwende – eine Mahnung zur Solidarität gegen Willkür**

Das Unrecht, das die Menschen in der Ukraine in diesem Krieg gegen ihr Land und ihr Volk unmittelbar erleben und erleiden müssen, ist damit zur Herausforderung für die Solidarität von ganz Europa und von Partnern in der ganzen Welt geworden. Es markiert die „Zeitenwende“ auch für unser Land, sich ohne Verpflichtung durch einen Bündnisfall und ohne direkt selbst angegriffen zu sein, an der Unterstützung von Sicherheit und Souveränität eines freien Landes in Europa zu beteiligen. Wir verteidigen diese - politisch, militärisch, ökonomisch, humanitär - und bereiten uns auch für die Zukunft auf solche Herausforderungen vor. Der Krieg ist zwingende Warnung und Mahnung, sich gemeinsam mit Verbündeten wehrhaft zu machen gegen die Willkür, mit der die Unverletzlichkeit von Grenzen und Völkerrecht einseitig gebrochen werden können, und so stark zu werden, dass diese Willkür nicht weiter um sich greifen kann. Sich wehrhaft zu machen heißt auch glaubwürdig auf Abschreckung zu orientieren. Es bleibt richtig, was Willy Brandt in seinem politischen Testament geschrieben hat: „Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten den Weg.“ Und genauso richtig ist seine Feststellung: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts.“

### **Für militärische Sicherheit sorgen und mehr Politik wagen**

Gleichzeitig gilt: Wo die Sorgen wachsen, dass militärische Erpressung, Bedrohung und direkte Aggressionen bis hin zu Angriffskriegen zunehmen, bleiben die Verbindung von Abschreckung und Wehrhaftigkeit mit vorausschauender aktiver politischer Initiative und einem beharrlichen unerschütterlichen Suchen und Werben und Organisieren von politischen Lösungen unverzichtbar. Wir müssen mehr Politik wagen – mit vorausschauenden Szenarien von möglichen Krisen und Konflikten und ihren Konsequenzen, mit mehr wissenschaftlicher

Forschung und Beratung zur Konfliktprävention und Friedenssicherung, mit erweiterten Konzepten für die gemeinsame Sicherung von Frieden und Abrüstung und mit einem mutigen Eintreten gegen den Fatalismus, dass es eine friedliche Welt ohne Kriege nicht geben kann. Wir brauchen feste Allianzen mit verlässlichen Partnern, um auch mit den Mitteln der Diplomatie dazu beizutragen, kleine und große Schritte aus dem Unheil von Kriegen heraus tun zu können, indem diese eingedämmt und schließlich dauerhaft beendet und tragfähig befriedet werden können. Wir sehen die Möglichkeit und die Notwendigkeit - bei aller unmittelbaren militärischen Hilfe für die existentielle Sicherung der Ukraine – für die gleichzeitige gemeinsame Erarbeitung und Vorbereitung auf politische Initiativen. Hier darf es kein Tabu und keine Verhetzung geben. Die bedingungslose Militarisierung von Konflikten und die Beschleunigung von immer weiterführenden Aufrüstungsspiralen werden jedenfalls keine Lösung sein, um die Welt friedlicher zu machen und für alle Menschen Sicherheit und Wohlfahrt zu ermöglichen. Die Idee, mit neuen Waffen schnell ein Ende des Krieges herbeiführen zu können, birgt die Gefahr einer enttäuschenden Illusion. Auch dies wird in der „Zeitenwende“ deutlich.

### **Polarisierung in der Geopolitik bringt keine Lösungen**

Der Anspruch von Staaten nach dominanter Macht über die eigenen Grenzen hinaus und das unverhüllte Streben nach politischem, ökonomischem, gesellschaftlichem und kulturellem Einfluss, die weit über einen konkreten Konflikt hinausgreifen und in einem brutalen Krieg eskalieren können, müssen ernst genommen werden. Das gilt auch für die geopolitischen Interessen, die Großmächte bis hin zu Stellvertreter – Kriegen verfolgen, die ihre gewachsene globale Bedeutung erhalten oder eine neue globale Bedeutung gewinnen wollen. Hier ist Naivität fehl am Platze. Wir müssen diese weitergehenden Entwicklungen in Deutschland und mit den Partnern in Europa sehr nüchtern beurteilen und die eigenen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten mit Realismus nutzen, um nicht nur in der Unterstützung gegen Putins Angriffskrieg zusammen zu bestehen, sondern auch angesichts von anderen tiefgreifenden Umbrüchen und Gefährdungen, die damit einhergehen können

Die unabweisbar notwendigen gemeinsamen globalen Anstrengungen gegen die dramatische Welterhitzung und damit einhergehende Umweltkatastrophen, Hungersnöte, Energieengpässe und Armutsmigration drohen in einer verschärften Polarisierung in der Welt aufgekündigt und massiv zurück geworfen zu werden. Kriege zerstören das Klima, sie hintertreiben eine gemeinsame Entwicklung von ökonomischer Modernisierung und Transformation für eine nachhaltige Wohlfahrt und mehr Gerechtigkeit. Auch hierauf wird

eine bleibende Antwort zu finden sein. Eine oder zwei die Welt dominierende Supermächte werden dieses aber genauso wenig vermögen wie sich in einer Welt andauernder Rivalität und Polarisierung zukunftsfähige Lösungen für die existentiellen Menschheitsfragen finden lassen werden.

## **Auch die ökonomischen Dimensionen beachten**

Die geoökonomischen Disruptionen, die wir im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine feststellen müssen, beschleunigen den Wandel hin zu einer Veränderung der Weltwirtschaft, die sich deutlich von der dynamischen ökonomischen Vernetzung der liberalen Globalisierungsepoche unterscheiden wird. In einer „Wolfswelt“ der Großmacht-konflikte werden dabei sowohl die regelbasierten multilateralen globalen Organisationen wie die UN wie die regelbasierte europäische Entität der EU und deren ökonomische Potenzen und hier im Besonderen auch die von Deutschland unter massiven Druck geraten. Für die europäischen Volkswirtschaften, aber auch die immer gewichtiger werdenden kleineren Volkswirtschaften im globalen Süden liegen hierin große Herausforderungen für ihre Entwicklung, für ihren Wohlstand, für Gerechtigkeit und ihren sozialen Frieden. Auf dem Erhalt von weitreichender Offenheit und gleichzeitig breit geteilten Regeln in der Weltwirtschaft beruhen nicht zuletzt die Einheit und die Prosperität von Europa und seinen Partnern.

Diese Partner werden auch gebraucht, um über die gleich ausgerichteten ökonomischen Interessen hinaus gemeinsam mit uns mäßigend auf die komplexen Konkurrenzen der wetteifernden Großmächte einzuwirken. So teilen viele größere und kleinere Mächte im Globalen Süden das europäische Interesse am Erhalt einer regelbasierten Ordnung, die durch Souveränität, Nichteinmischung, territoriale Integrität und gewaltfreie Konfliktlösung gekennzeichnet ist. Wir müssen gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, dass manche von diesen Mächten in den Fragen von internationaler Strafgerichtsbarkeit und Schutzverantwortung skeptisch und distanziert sind. Wenn wir diese Mächte als ökonomische und ökologische Partner wie als Unterstützer für den Erhalt einer regelbasierten multilateralen Ordnung gewinnen wollen, müssen wir diese unterschiedlichen Präferenzen besser verstehen und in unser Handeln mit seiner Orientierung an Werten und Interessen gleichermaßen so einbeziehen, dass sich hieraus bei allen Spannungen und auch unvermeidbaren Widersprüchlichkeiten ein konstruktiver Prozess der vielen konkreten Schritte entwickeln kann.

## **Unsere Grundwerte bleiben**

Der Krieg um die Ukraine ist eine „Zeitenwende“ mit umfassenden neuen Herausforderungen, die jetzt bestanden werden müssen. Mit konkreter Politik, strategischem Vorgehen und klaren Werten, die für die Sozialdemokratie in der Vergangenheit auch bei größten Herausforderungen bestanden haben und die uns auch für die Zukunft Richtschnur in unserem Handeln geben und Halt sind: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte genauso wie Frieden, Sicherheit und Souveränität. Wir treten ein für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung aller Menschen wie wir uns einsetzen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Lebensqualität für alle Menschen.

Die „Zeitenwende“ ist für uns keine Wende in unseren Werten. Der Anlass des schrecklichen Krieges gegen die Ukraine bestätigt uns vielmehr erst recht in unseren Werten und den schon in der Vergangenheit darauf aufgebauten tragenden sozialdemokratischen Konzepten von Politik. Es geht dabei um den zentralen Auftrag zum Aufbau und zur Gestaltung eines gemeinsamen Europas wie zur Teilhabe an der globalen Verantwortung für ein friedliches und ein freies, für ein sicheres und ein gerechtes Leben in der EINEN Welt, jetzt und in Zukunft.

## **Strukturelle Sicherheit mit Europa neu angehen**

Friedenspolitik mit den Mitteln von Entspannung und Zusammenarbeit und Sicherheitspolitik mit den Mitteln von Abschreckung und Wehrhaftigkeit sind dabei keine Gegensätze. Wir wehren uns gegen dauerhafte Feindschaft zwischen Menschen, Völkern und Staaten. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte: Aus Feinden und Gegnern können und sollen auch wieder Freunde und Partner werden. Das dürfen wir nie vergessen und müssen auch in Zukunft daran arbeiten, dass es für und mit Europa nicht nur, wie gegenwärtig nötig, eine Sicherheit **vor** Russland gibt, sondern dass für die Zukunft auch die Möglichkeit für eine strukturelle Sicherheit und Stabilität mit Russland für Europa und seine Staaten geschaffen werden muss. Die militärische Großmacht Russland wird sich dafür grundlegend ändern und eine solche strukturelle abgesicherte Friedensordnung in Europa mit unabhängigen und gesicherten Nachbarn als im eigenen Interesse liegend erkennen müssen, anstatt einen haltlosen Imperialismus zu verfolgen. Auch wenn dieses gegenwärtig kaum vorstellbar erscheint und dazu noch lange Wege zu gehen sind: Das Ziel bleibt richtig. Und die Stärkung Europas hierfür eine zwingende Voraussetzung.

## **Friedenspolitik und globale Partnerschaft miteinander verbinden**

Die gemeinsame demokratische Entwicklung von Europa verbindet vielfältige zwischenstaatliche Kooperationen mit einer Vertiefung und Integration der Europäischen Union und einer zunehmenden Stärkung nicht zuletzt auch der militärischen Sicherheit durch Europa selbst in eigener Souveränität wie auch weiterhin durch ein verlässliches Bündnis mit seinen transatlantischen Partnern in den USA und Kanada. Auf diesem Fundament ist Europa gewachsen. Und das muss für die Zukunft bewahrt werden. In einer neuen Welt der Multipolarität und der wachsenden Vielfalt an politischen Kraftzentren sind mehr gemeinsame Verantwortung und vorausschauende Kooperation wichtiger denn je. Globale Partnerschaft in der Verschiedenheit der Staaten organisiert sich über eine Stärkung der Vereinten Nationen und einen Multilateralismus des Respekts vor der Vielfalt von Kulturen und Religionen, des Respekts der Menschenrechte, wie der Diversität an Problemlagen und Entwicklungspotentialen. Das wird für die Zukunft bestimmend werden.

Was Willy Brandt in seiner Politik der Entspannung in Sicherheit für Deutschland und Europa in der sozialliberalen Regierungskoalition an Prinzipien entwickelt und daran anschließend in der Sozialistischen Internationale mit seinem Eintreten für Solidarität im Ausgleich von Nord und Süd in der Welt fortgeführt hat, bleibt für uns jedenfalls Vorbild – gerade auch in der „Zeitenwende“ und den neuen Bedingungen, den neuen Erfordernissen und den neuen Möglichkeiten.

Stellen wir uns darauf ein: Der größte Teil der Zeitenwende liegt noch vor uns.

## **B.) Deutschland in Europa und der Welt – wo unsere Aufgabe liegt und was wir unter Führung verstehen**

Wir können in Deutschland immer noch dankbar sein, bald 80 Jahre nach Angriffskriegen und Terror, Völkermord und Holocaust durch Deutschland, dass daraus nicht bleibende Feindschaft, Verarmung und Isolation geworden sind, sondern unser Land in die Völkergemeinschaft wiederaufgenommen worden ist. Dieses ist möglich geworden, weil andere Länder und ihre politischen Kräfte und Regierungen bereit waren zu einer Partnerschaft des Respekts und der Gleichberechtigung und dieses auch von der Bundesrepublik Deutschland selbst in ihrem eigenen Verhalten so beachtet worden ist. Notwendige Auseinandersetzungen um eigene Interessen sind dabei mit der Bereitschaft zum Ausgleich und zum Kompromiss verknüpft worden. Das Faktum des bevölkerungsreichsten Landes Europa in einer zentralen geographischen Lage mit mehr Nachbarn als jedes andere Land genauso wie die ökonomische Stärke in Europa und auf den Weltmärkten waren

ausdrücklich nicht von dem Anspruch auf deutsche Dominanz und deutsche politische, ökonomische und technologische oder gar militärische Führung getragen. Divergierende Sichtweisen und kontroverse Interessen von Nachbarn und befreundeten Nationen wurden vielmehr mit Respekt aufgenommen und gemeinsam zu einer Klärung und Einigung gebracht.

## **Deutschland als militärischer Partner in der Friedenssicherung**

Gleichzeitig ist Deutschland Schritt für Schritt zum anerkannten Partner in der militärischen Beteiligung an der Friedenssicherung und Konfliktbekämpfung in der Welt geworden, über die Bündnisverpflichtungen in der Transatlantischen Gemeinschaft mit den USA und Kanada hinaus. Unser Land hat sich auch hier mit Blick auf die Krisenherde in der Welt seiner Verantwortung gestellt und Verantwortung übernommen. Beide Verantwortungen gehören zusammen – die Verantwortung zum Schutz der eigenen Sicherheit für Deutschland und die Partner und Freunde in Europa und in der Transatlantischen Gemeinschaft und die Verantwortung zur Unterstützung gegen Krieg und Terror in anderen Regionen der Welt, wie sie von der Weltgemeinschaft legitimiert wird.

Mit der „Zeitenwende“ haben wir erlebt, in welcher beeindruckender Weise sich die Länder Europas und der NATO in großer Geschlossenheit und Solidarität hinter die Ukraine und ihren Kampf um Souveränität und Freiheit versammelt haben und die Ukraine politisch, humanitär und ökonomisch und mit Waffen zu ihrer Selbstverteidigung unterstützen. Richtschnur für das Verhalten in der gemeinsamen Allianz aller Partner ist hierbei die Souveränität der Ukraine genauso wie die Absicherung gegen eine Ausweitung des Krieges und die Sicherstellung, dass Deutschland und die NATO nicht Kriegspartei werden. Wir müssen verhindern, dass sich Atommächte als Kriegsparteien direkt in Europa gegenüberstehen. Leitprinzip für das eigene Verhalten Deutschlands ist hierbei, nur in engster Abstimmung und gemeinsam mit den Verbündeten zu handeln und keine Alleingänge zu machen. Das schließt ausdrücklich aus, sich zu einer herausgehobenen besonderen Führungsmacht in diesem Konflikt aufzuschwingen oder als Land einseitig vorweg zu gehen, wo alle Beteiligten nur in der gemeinsamen Beratung, Entscheidung und Durchführung der beschlossenen Maßnahmen bestehen können.

## **Die Prinzipien der gemeinsamen Verantwortung und der kooperativen Führung**

Verantwortung zu übernehmen ist eben etwas Anderes als vor anderen und mit einem besonderen Anspruch eine Führungsmacht sein zu wollen. „Gemeinsame Verantwortung ja, alleinige Führung nein“ muss vielmehr der Grundsatz sein. Mit dem früheren polnischen

Außenminister Radoslaw Sikorski dürfen wir Führung auch nicht mit Dominanz verwechseln. Wir setzen uns ein für das Prinzip der kooperativen Führung in vertrauensvoller Partnerschaft und wechselseitigem Respekt. Unser Verständnis von kooperativer Führung gründet auf abgestimmten Konzepten, klaren Abläufen, gemeinsamen Entscheidungen und deren verlässlicher Umsetzung. Ein solches Verständnis von Führung gilt für Deutschland grundsätzlich für alle nicht rein national zu regelnden Bereiche in der europäischen und internationalen Politik. Es gilt erst recht für die militärische Mitverantwortung und das militärische Engagement. Eine solche Haltung ist gerade in Fragen von Krieg und Frieden, von Sicherheit und Freiheit von existentieller Bedeutung, geht es hier doch um die Grundbedingungen des Zusammenlebens nach Recht und Regeln in der EINEN Welt wie um Leben und Tod, Gesundheit und Unversehrtheit von vielen einzelnen Menschen, ob in der zivilen Bevölkerung oder bei den Soldaten. Das dürfen wir nie vergessen.

### **Respekt statt Nötigung – eine Maxime über die „Zeitenwende“ hinaus**

Nach diesen gemeinsamen Maximen hat sich unser Land in der Auseinandersetzung um den Krieg gegen die Ukraine verhalten und nach diesen Maximen wird sich unser Land auch in Zukunft an kooperativer Führung beteiligen. Wiederkehrende öffentliche Aufforderungen von einzelnen Staaten nach deutscher Führung dürfen jedenfalls darauf befragt werden, welchem eigenen Interesse sie damit dienen wollen und ob es der Staatengemeinschaft und ihrer kraftvollen Partnerschaft gegen den Angriffskrieg Russlands wirklich nützt. Diese Staaten würden sich doch gleichzeitig mit Recht und Entschiedenheit dagegen wehren, wenn Deutschland in Fragen von Krieg und Frieden von ihnen umgekehrt ein bestimmtes Verhalten einfordern würde, von dem sie nicht selbst überzeugt sind. Solche öffentlich vorgetragenen Wünsche, Mahnungen und Forderungen an einzelne Länder erschweren gemeinsame Lösungen und spalten die Solidarität, egal von wem sie ausgehen. Und eine ausdrückliche Führungsrolle durch einzelne Länder kann die gemeinsame Kraft nur schwächen, weil sie zu Konkurrenzen und Zersplitterung im konkreten Einsatz führen muss. Gleiches gilt für ständige Aufforderungen auch im eigenen Land, einseitig und vor anderen Partnern mit einzelnen Aktionen und Maßnahmen vorzupreschen und Deutschland in der Rolle als demonstrative Führungsmacht gegenüber anderen sehen zu wollen.

Jede verantwortungsbewusste Regierung in Deutschland wird sich durch solche einzelnen Vorstöße und Zuweisungen von anderen, aus welchen Gründen diese auch immer erklärbar sein mögen, nicht verunsichern lassen, sondern sich weiter an den Prinzipien der gemeinsamen Verantwortung und der kooperativen Führung orientieren. Das gilt im

unmittelbar militärischen Bereich der „Zeitenwende“, aber genauso auch in den damit verbundenen dramatischen Veränderungen in der Energieversorgung, der Ressourcensicherung wie der wirtschaftlichen Entwicklung und Innovation und ihrer finanziellen Absicherung. Anstatt auf Dominanz als Führungsmacht kommt es dabei auf gemeinsame Konzepte, Transparenz und Beteiligung, Ausgleich und Fairness an, um dann dauerhaftes Vertrauen und nachhaltige Partnerschaft im gemeinsamen Handeln zu begründen und zu festigen.

### **Vorbild ohne moralischen Zeigefinger**

Kooperative Führung und gemeinsame Verantwortung statt Dominanz und Einseitigkeit der Interessen haben nicht nur eine nationale und europäische Dimension. Diese Prinzipien müssen auch im globalen Geschehen gelten. Bei den extrem unterschiedlichen ökonomischen, technologischen und finanziellen Kräften, die sich auf der Welt entwickelt haben, können nicht alle Länder gleichermaßen aus eigenen Mitteln Vorsorge zu ihrem Schutz und zur eigenen Entwicklung treffen. Die Möglichkeiten der reich ausgestatteten und stark gewordenen Länder sind hier nun einmal größer als die der arm gemachten und gebliebenen. Aber umso wichtiger ist es, hier ein gutes Beispiel für vorausschauende Innovation und Transformation zu sein, ein Vorbild ohne moralischen Zeigefinger und Überheblichkeit, sondern selbstbewusst in den Werten, transparent in den eigenen Interessen und pragmatisch im Arbeiten für konkrete Wege und Wirkungen; und ehrlich in den Konflikten und den Dilemmata, die sich in den Interdependenzen der vielfältigen Herausforderungen in der Welt und der Eskalation von den Krisen bis hin zu Kriegen ergeben können.

Global zu denken und Globalität aus den verschiedenen Perspektiven zu verstehen: Das muss nicht nur für Deutschland, aber eben auch für Deutschland heißen, sich globaler Verantwortung zu stellen und dann respektvoll und gemeinschaftlich mit den Partnern zu handeln.

### **C.) Eine wichtige Konsequenz der Zeitenwende – Europäische Souveränität**

Für die Europäische Union enthält sowohl die Rede von Olaf Scholz in Prag als auch das Papier der Kommission Internationale Politik die Forderung, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Ländern des westlichen Balkan, denen eine Beitrittsperspektive versprochen worden ist, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu ermöglichen. Und es bedeutet auch, dass

in einem soliden Prozess mit europäischen Standards Länder der ehemaligen ‚östlichen Nachbarschaft‘ wie die Ukraine, Moldau und Georgien die Chance des Beitritts erhalten.

Den darüber hinaus reichenden europäischen Zusammenhalt sollten Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft EPG, wie es bereits einmal stattgefunden hat, sicherstellen. Die Europäische Politische Gemeinschaft umfasst alle EU-Mitgliedsstaaten, die Westbalkanstaaten sowie die Ukraine, Moldau und Georgien und viele andere - insgesamt 44 - Länder einschließlich der Türkei, Israel, Armenien, Aserbeidschan, der Schweiz, Norwegens und Islands. Der ursprünglich von Präsident Macron stammende Vorschlag zielt auf eine neue Form der Zusammenarbeit jenseits der EU einschließlich Großbritanniens, die ein neues europäisches Format der Zeitenwende bedeutet.

### **Die Erweiterung der EU und eine stärkere politische und militärische Souveränität**

Für die Europäische Union verlangt die Aufnahme vieler neuer Mitglieder grundlegende Veränderungen in den Entscheidungsverfahren und in ihrer Strategie. Sie muss fit werden für den größeren Zusammenhalt. Das verlangt, schrittweise zu Mehrheitsentscheidungen in verteidigungspolitischen Fragen, bei der Entwicklung gemeinsamer Systeme, in außenpolitischen und auch steuerpolitischen Fragen zu kommen. Vielleicht gelingt es ja auch, diese Schritte mit der Möglichkeit zu konstruktiver Enthaltung zu verbinden. Eine stärkere Europäische Souveränität bedeutet die Entscheidung, Elemente nationaler Souveränität an die EU-Ebene abzugeben, weil sie dort wirkungsvoller wahrgenommen werden kann. Das gilt nicht für die Entscheidung über Krieg und Frieden, die selbstverständlich in der Kompetenz der nationalen Parlamente verbleibt. Es bleibt bei dem bisherigen Erfolgsmodell einer Staatengemeinschaft eigener Art, die EU wird kein ‚Ober-Nationalstaat‘.

Europäische Souveränität muss sich auch in Fragen der äußeren Sicherheit ausdrücken, in einer Form der Stabilität gegenüber Herausforderungen und in einer stärkeren Unabhängigkeit. Das hat Konsequenzen, die die SPD zu wichtigen Neupositionierungen veranlassen muss. Es geht zB. um die Einrichtung eines eigenständigen Rates der Verteidigungsminister und um ein echtes europäisches Hauptquartier. Bei gemeinsamen Rüstungsvorhaben bedeutet das auch, dass nationale Genehmigungsvorbehalte überprüft werden müssen. Die Vorhaben sollten einer europäischen Rüstungsexportkontrolle unterliegen und sich an dem Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union für Rüstungsexporte orientieren. Die Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes sind die

Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland, die innere Lage des Endbestimmungslandes, die Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region, die nationale Sicherheit der Mitgliedstaaten sowie befreundeter und verbündeter Länder, das Verhalten zu Terrorismus, die Einhaltung des Völkerrechtes, das Verhindern der Abzweigung von Militärtechnologie, die Vereinbarkeit mit der Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes (möglichst wenig Ressourcen in Rüstung).

Schließlich werden die richtigen Bemühungen der Bundesregierung, angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine möglichst viele Länder in Südamerika, Asien und in Afrika für eine gemeinsame Politik zugunsten einer regelbasierten Weltordnung zu gewinnen, durch eine kurzsichtige Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU konterkariert. In ihren letzten Beschlüssen hat sie sich lediglich auf die Befestigung der EU-Außengrenzen, auf Abschiebungen und vor allem auf eine bedenkenlose Instrumentalisierung der Beziehungen mit den afrikanischen Staaten im Dienste einer Abschottung Europas konzentriert. Um die afrikanischen Staaten gegen ein weiteres politisches Vordringen Russlands und Chinas in Afrika zu gewinnen, muss die EU dringend eine Wende zugunsten einer Flüchtlings- und Migrationspolitik in beider Interessen zustande bringen. Sie muss vor allem zu einer erfolgreicherer dezentralen Aufnahme von Geflüchteten führen und darf die Grenzstaaten im Süden und im Osten der EU nicht mit der Aufnahme allein lassen. Dazu kann ein EU-Fonds mit einem Anreizsystem beitragen, der Kommunen neben der Erstattung von Integrationskosten in gleicher Höhe Investitionsmittel zur eigenen Verfügung an die Hand gibt. Eine Koalition der Freiwilligen, die als Staaten bereit sind, mit ihren Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten zu kooperieren, könnte zeigen, dass nicht zuletzt wegen des demographischen Wandels und des drastischen Arbeitskräftemangels in der EU die Aufnahme von Geflüchteten als eine Win-Win Situation gestaltet werden kann, die die Beziehungen zwischen Afrika und der EU, insbesondere durch die Kooperation von europäischen wie afrikanischen Kommunen und Städten, deutlich verbessern kann. Ein solcher Fonds kann Teil der Weiterentwicklung eines zukünftigen europäischen Finanzmodells sein.

## **Für eine Weiterentwicklung des europäischen Finanzmodells**

Zur Europäischen Souveränität gehört auch ein europäisches Finanzmodell. Hier sieht die Grundwertekommission die Chancen und die Notwendigkeit, über den Ansatz der Stärkung der Eigen-Einnahmen der EU hinauszugehen. Da national in der Größenordnung von zwei

Prozentpunkten des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) Mittel in den Militärssektor fließen werden und etwa ein halber Prozentpunkt für die Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen benötigt wird, sowie in zunächst unbekannter Höhe die Aufbauhilfe für das stark zerstörte Land Ukraine, gibt es die folgenden Optionen, wenn die EU Mitgliedsstaaten ihre Verantwortung zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 wahrnehmen wollen.

- Erwirtschaftung durch erhöhte Produktivität der öffentlichen Verwaltung
- höhere Besteuerung
- größerer EU Haushalt, dieser ggf. in Verbindung mit einer Komponente an Verschuldung auf der EU-Ebene.

Insbesondere wenn man an die guten Erfahrungen in Deutschland mit dem als Darlehen ausgereichten Marshall-Plan nach dem zweiten Weltkrieg denkt, spricht beim Wiederaufbau der Ukraine einiges für eine zumindest teilweise auf der EU Ebene aufgenommene Darlehensfinanzierung.

Im Übrigen ist davon auszugehen, dass ein Mix an Instrumenten am besten geeignet ist. Die Möglichkeit eines größeren EU-Haushalts ist diejenige, die am meisten politischen Gestaltungswillen bewirkt und die aus Sicht der Grundwertekommission eine wesentliche Rolle spielen sollte. Für sie spricht zudem, dass mit dieser Gestaltungsidee eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit innerhalb der EU möglich ist. Frankreich hat kürzlich ein Anknüpfen an dem 'Sure' Programm angeregt. Das könnte für den Wiederaufbau der Ukraine in Form eines breit angelegten Marshall-Plans genutzt werden. Weiterhin hat Frankreich angeregt, 500 Milliarden noch nicht belegter Mittel aus dem Fonds 'Next Generation EU' umzuwidmen. Aus deutscher Sicht könnte so eine Lösung gefunden werden, Investitionen zum Klimaschutz nicht zurückzufahren, wenn mehr Finanzmittel in den Militärssektor fließen, sondern auf die europäische Ebene zu verlagern und wo möglich, durch Zusammenarbeit mit Nachbar - Ländern an weiterer Wirksamkeit zu gewinnen. So könnte die Kontur einer längerfristig tragenden finanziellen Antwort auf die Zeitenwende aussehen.

Für den im vorigen Abschnitt skizzierten kommunal ausgerichteten Fonds bietet sich ein ähnlicher Ansatz zum Aufbau an. Die Mittel der großen RRF (Recovery and Resiliency Facility, zu Deutsch Aufbau und Resilienz Fazilität) auf EU-Ebene sind insbesondere für Darlehen nicht ausgeschöpft (Deutschland hat zB gar keine beantragt). Selbst bei den Staaten, die sie in Anspruch nehmen und wie Italien gut 120 Mrd Euro vorgesehen haben, können die

Darlehensmittel sicher etwas aufgestockt werden. Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten könnten für Kommunen eine Öffnung für (zinslose) Resilienzdarlehen vorsehen.<sup>1</sup> Damit wird eine lange Zeit benötigende Änderung der EU Verträge vermieden.

## **D.) Verantwortungsübernahme durch Deutschland - Antworten mit Zukunftsorientierung finden**

Kriege und Kriegsgefahren sowie geopolitische Veränderungen haben die Notwendigkeit einer 'Zeitenwende' verdeutlicht. Somit muss auch der finanzielle Grundansatz angepasst bzw. weiterentwickelt werden. Die bislang in Deutschland getroffenen Maßnahmen wie Entlastungspakete für die Konsequenzen des Krieges gegen die Ukraine und die Umstellung im Energiesektor zielen ausdrücklich auf zeitlich begrenzte Soforthilfe - eine Erwartung, dass sie umfassend dauerhaft fortgeführt werden können, ist unwahrscheinlich.

Die Folgen von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine führen zu wesentlichen Verteuerungen in Deutschland, aber auch weltweit in vielen anderen Ländern. Die Energiepreise wurden bereits vor dem Kriegsbeginn im Februar 2022 wahrnehmbar erhöht, dennoch kam es zu einem kriegsbedingten Sprung nach oben, und es ist auch davon auszugehen, dass trotz aller Anpassungsmaßnahmen der Wirtschaft es allenfalls eine teilweise Rücknahme dieses Preissprunges geben wird. Deshalb können der Bevölkerung auch nicht einfach weitere Lasten auferlegt werden, sondern zumindest für die kleinen Einkommen wird es dauerhafte Entlastungsmaßnahmen geben müssen. Das kann in begrenztem Umfang von den Haushalten des Bundes und der Länder verkraftet werden.

## **Ein finanzielles Grundmodell für die Erfordernisse der Geopolitik**

Es verbleibt, ein finanzielles Grundkonzept zu entwickeln mit dem auf die geopolitischen Veränderungen und insbesondere die finanzielle Offensive Chinas mit der neuen Seidenstraße (belt and road initiative) reagiert werden kann. Die historische Seidenstraße führte von China nach Venedig und die Begrifflichkeit soll aus chinesischer Sicht an zwei Ziele erinnern, zum einen an die angestrebte Verringerung der Abhängigkeit von einigen wenigen (Energie-) Lieferanten und einigen wenigen Lieferstrecken und zum anderen an das Erlangen

---

<sup>1</sup> Die kommunale Komponente des deutschen Resilienzprogramms sieht u.a. KiTa-Plätze, Kurse für Schülerinnen und Schüler mit Lernrückständen, Investitionen in die Digitalisierung von Krankenhäusern, die Stärkung der Gesundheitsämter und die Modernisierung der Verwaltung mit der Beschleunigung der Genehmigungen vor.

eines Anteils am Welt BIP von 25-33%, der historisch über viele Jahrhunderte bis etwa 1800 bestand und sich dann verringerte.

Auch wenn wirtschaftlicher Wettstreit - wie das Wort schon zeigt - Konflikte beinhaltet, geht es um Konkurrenz im Frieden, nicht immer im Rahmen eines international anerkannten Wettbewerbsrahmens, aber letztlich auch um einen Wettstreit, bei dem grundsätzlich alle gewinnen können, wenn der 'Kuchen', d.h. Wertschöpfung, Handel und Lebensqualität, insgesamt größer wird. Neben politischen Entscheidungen, welche Verkäufe von Ländern und auch von EU-Ländern gestattet werden, steht in der längerfristigen Betrachtung eine Investitionsoffensive des Westens und insbesondere der EU zur Diskussion, bei der es erstens um das Volumen an Investitionen geht im Vergleich zu den Schätzungen von chinesischer Seite von 900 - 1000 Mrd. \$ an chinesischen Mitteln investiert in 71 Ländern. Zweitens geht es um die Finanzakteure zur Umsetzung, bei denen ein besonderes Augenmerk auf internationale Finanzierungsinstitutionen gerichtet wird. Sowie drittens geht es um die Regelwerke, von den Auflagen für Großprojekte in den beteiligten Ländern bis hin zu den Ausschreibungsmodalitäten.

### **Finanzierungsinstrumente für Klimaschutz und soziale Infrastrukturen**

In der gegenwärtig laufenden Diskussion zur Stärkung der Weltbank und anderer Finanzinstitutionen steht zunächst im Mittelpunkt, ob es sich um einen allgemeinen Wettlauf mit China handelt oder ob eine Konzentration auf alle Arten der Klimaschutzfinanzierung mehr Sinn ergibt, einschließlich der beiden Säulen Klimaverbesserung (Mitigation) und -anpassung (Adaptation). Eine Konzentration auf Klimafinanzierung und soziale Infrastrukturen im Sinne der Nachhaltigkeitszielsetzungen erscheint überzeugend.

Näher an den Instrumenten geht es um:

- die Ausweitung des Volumens (durch Bürgschaften der Eigner der Institutionen, durch Kapital, das zugesagt, aber nicht unmittelbar eingezahlt werden muss (callable capital) und eine Reihe weiterer Maßnahmen, die die Hebelwirkung der Institute erhöhen soll (leverage), die teilweise vorhanden sind, aber von den Rating-Agenturen nicht voll anerkannt werden (wie privilegierter Geldgeber Status, hat in der Griechenland-Krise auch in Europa eine Rolle gespielt)

- eine deutliche Erweiterung des Empfängerkreises (gerade für Klimaschutzinvestitionen) einschließlich der Staaten mit mittleren Pro-Kopf-Einkommen (middle income countries)
- die Nutzung von Förderdarlehen (blended loans)
- die Beschleunigung der Bewilligung (das ist gegen den Trend, in den letzten 10 Jahren haben sich die Bewilligungszeiten des größten internationalen Finanzierungsinstituts, der EIB (Europäische Investitionsbank) verdoppelt, nicht zuletzt, weil die Anforderungen an die Projektvorprüfung und etwaige gesellschaftliche Auswirkungen des Projekts gestiegen sind)
- neue Ausschreibungsbedingungen (hier könnte statt allgemeiner europäischer oder weltweiter Ausschreibungen mehr lokale Produktion (local content) zugelassen werden oder in Spiegelung zur chinesischen Konkurrenz ein Ausschreibungsvorteil für die Geldgeber verankert werden)

Vieles geht davon in die richtige Richtung, die entscheidende Frage wird allerdings sein, ob sich China mit der Logik durchsetzt, wenig Projektänderungen vorzuschlagen oder durchzusetzen, weil das eben häufig als Bevormundung empfunden wird. Oder ob es den westlichen Förderbanken gelingt, Partnerschaften auf Augenhöhe zu entwickeln, damit 'Rat' nicht gleichzeitig ein 'Schlag' ist und auch Kompromisse aktiv gesucht und rasch erreicht werden.

## **E.) Die Verantwortung gegenüber den Ländern des globalen Südens wahrnehmen**

Wir müssen konstatieren, dass sich die Situation der ärmsten Entwicklungsländer, aber auch eines Viertels der Schwellenländer, finanziell, durch die Auswirkungen der Covid Pandemie, durch den fortschreitenden Klimawandel und auch durch die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine verschärft hat. Arme Länder müssen mittlerweile fast 30 Prozent ihres Staatshaushaltes für den Schuldendienst aufwenden zulasten der notwendigen Ausgaben für die Bekämpfung der Armut, der Investitionen in Bildung und Gesundheit und den Umbau ihres Energiesystems.

### **Die Zeitenwende global verstehen**

Zeitenwende global muss auch heißen:

- Es ist ein neuer Konsens des Schuldenmanagements anzustreben, um die menschliche Sicherheit in den betroffenen Ländern zu verbessern und Länder und Menschen zu entlasten. Notwendig sind dazu Initiativen der G7, der G20, vor allem mit China und dem privaten Sektor.
- Das Ziel sollte sein, Schuldenerlasse zu verbinden mit neuen Investitionen in betroffenen Ländern im Gesundheitssektor und der Anpassung an den Klimawandel.
- Damit dem Klimawandel wirksam begegnet wird, müssen die finanziellen Zusagen der Industrieländer eingehalten werden. Gleichzeitig sollte aber ein neues nachhaltiges, gemeinwohlorientiertes und inklusives Finanzierungsmodell für Globale Öffentliche Güter entwickelt und in die internationalen Gremien eingebracht werden - im Sinne des Konzeptes Global Public Investment. Das kann eine wichtige EU-Initiative werden. Im Handeln kann so Multilateralismus praktisch wirksam werden.
- Transparente Steuersysteme, die Bekämpfung von Steuerflucht und profit shifting entsprechend einem Vorschlag der Afrikanischen Union, der in der UN Generalversammlung angenommen wurde, sind notwendig, um die finanziellen Spielräume der ärmeren Länder für die Nachhaltigkeitsziele zu erweitern. Es erscheint klug, diese Ansätze mit den mehrjährigen Initiativen insbesondere des EU-Parlaments zu Transparenz und Steuerflucht zusammenzuführen

### **Ein konkretes beispielhaftes Projekt: Die Chancen für Kooperationen bei CO2-Entzug aus der Atmosphäre ausloten**

Eines der chancenreichsten Vorhaben im Rahmen internationaler Kooperationen zum CO2 Entzug stellt die Aufforstung dar. Es ist auch verträglich mit der Menschheitsentwicklung, weil insgesamt eine Wanderung in Richtung der Städte erfolgt. Ein solches Vorhaben umfasst den Zeitraum mehrerer Generationen, eine sinnvolle Größenordnung sind 100 Jahre. Die am meisten zitierte Studie der ETH Zürich mit dem Forscherteam unter Leitung von Jean-Francois Bastin wurde 2019 in 'Science' veröffentlicht und benennt als Eckwerte, dass etwa 25% mehr Waldfläche auf der Erde möglich sind. Ohne kontraproduktive andere Effekte auszulösen können auf einem wesentlichen Teil dieser Flächen mindestens 500 Milliarden Bäume gepflanzt werden (oder zu Teilen auch durch natürliche Wiederbewaldung entstehen). Da ein Baum im Mittel etwa 10 kg CO2 pro Jahr bindet, würden dann über 100 Jahre (vorsichtig geschätzt) etwa 250 Milliarden Tonnen CO2 gebunden werden. Zum Vergleich hier die aktuellen CO2 Emissionen im Erd-Maßstab: das Global Carbon Project veröffentlicht für das

Jahr 2022 die Schätzung von global ausgestoßenen 36,6 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>. Wenn es also insgesamt gelingt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen wesentlich zu verringern, kann ein weltweit ausgelegtes Aufforstungsvorhaben mit mehreren Ländern bereits erfolgte Einträge in die Atmosphäre rückführen und die weltweite Temperatur wieder zurückführen helfen.

Es wird aber auch zu Recht vor übertriebenem Optimismus gewarnt. Der Trend der letzten Jahre wies in die Richtung von Zerstörung von Waldflächen und die Datenlage insgesamt erscheint nicht sehr klar. Die von der FAO (Welternährungsorganisation der UN) veröffentlichten Daten werden von manchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angezweifelt, weil sie das Ausmaß der Waldzerstörungen unterschätzten, indem geschönte Zahlen der Mitgliedsstaaten akzeptiert würden. Es spricht also vieles dafür, dass in einem ersten Schritt die Waldzerstörung bekämpft oder durch Aufforstung überkompensiert werden muss, bevor in einem zweiten Schritt eine Vermehrung der Waldflächen erfolgen kann.

Afrika und Südamerika sind Regionen, in denen Aufforstung auf großen Flächen möglich und nötig ist. Kooperationen mit Ländern sind denkbar, erfordern im Gegenzug aber stabile Finanzierungsströme. Gerade nach der Wahl in Brasilien sind die Chancen gut, dass die massiven (Feuer-)Rodungen der Präsidentschaft Bolsonaro gestoppt werden. Aber die Regierung Lula benötigt international langfristig ausgelegte Unterstützung. Das Forscherteam von Bastin nennt daneben als wichtigste Länder: Russland mit 151 Millionen Hektar<sup>2</sup>, USA mit 103 Millionen, Kanada mit 78 Millionen, Australien mit 58 Millionen sowie China mit 40 Millionen.<sup>3</sup>

Im Sinne langfristig ausgelegten Politik ist es sinnvoll, solche großen Vorhaben so auszulegen, dass sie zum einen individuell in Partnerschaft mit jedem einzelnen Land entwickelt werden, aber auch so konzipiert werden, dass sie mit Russland im Sinne eines Neubeginns zu gegebener Zeit denkbar sind. Für den Planeten ist es wichtig, zu vermeiden, das Land mit einem der größten wenn nicht gar dem größten Flächenpotential auf alle Zeiten auszuschließen.

Neu an einem solchen Vorgehen ist: soweit Mittel jenseits der nationalen Finanzmittel eingesetzt werden, erscheint es sinnvoll, internationale Finanzierungsinstitutionen zu nutzen und finanziell auszustatten, um Zeiträume von 100 Jahren zu vereinbaren und auch geeignete

---

<sup>2</sup> 1 ha = 10 000 qm

<sup>3</sup> Diese Zahlen beziehen sich auf den Science-Artikel von Bastin, Jean-Francois, et al. "The global tree restoration potential." Science 365.6448 (2019): 76-79.

Monitorsysteme einzusetzen. Der GCF (Green Climate Fund) wurde von der internationalen Gemeinschaft für solche Zwecke geschaffen.

## **Für neue Initiativen auf der UN Ebene**

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat dramatische Konsequenzen für die internationale Zusammenarbeit. Es muss das vorrangige Ziel sein, breite Bündnisse zu schaffen, die klare Positionen gegen den Bruch des Völkerrechtes und die Verletzung der UN Charta beziehen. Diese Positionen haben sich in den Entscheidungen der UN Generalversammlung ausgedrückt. Es gilt aber auch diejenigen Länder zu gewinnen, die sich dabei zurückgehalten haben. Ohne ihre Unterstützung sind die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 nicht zu verwirklichen. Diese Vision einer besseren und gerechteren Welt, der sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2015 verpflichtet hat, darf in ihren Zielen nicht beschädigt werden. Auf dem Weg zu ihrer Verwirklichung bis zum Jahr 2030 befinden wir uns in der „Halbzeit“ und müssen alles tun, damit Rückschläge verhindert werden. Insbesondere die Länder des Globalen Südens brauchen dabei Unterstützung.

Dabei müssen wir realisieren, dass viele Länder, die wir als Partner für den Erhalt der regelbasierten multilateralen Ordnung gewinnen wollen, unterschiedliche ordnungspolitische Präferenzen haben.

Die Beratungen und Beschlüsse der UN Generalversammlung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine haben gezeigt, dass die Rolle der UN Generalversammlung auch zukünftig gestärkt werden sollte, da sie die Legitimität von Entscheidungen erhöht, zumal falls ein nicht veränderter UN Sicherheitsrat fortbestehen sollte. Eine wichtige Konsequenz der globalen Zeitenwende sollte die Weiterentwicklung der Institutionen globaler Rechtstaatlichkeit sein: Der Internationale Strafgerichtshof sollte neben seinem bisherigen Mandat die Möglichkeit erhalten Verfahren gegen Verantwortliche eines Angriffskrieges zu eröffnen, ohne dass es dazu zuvor eines UN Sicherheitsratsbeschlusses bedarf.

Die Bundesregierung ist zusammen mit der namibischen Regierung vom Präsidenten der UN Generalversammlung zur Vorbereitung und zur Verhandlungsführung des für September 2024 geplanten UN Reformgipfels, „Summit of the Future“ benannt worden. Er ist die Konsequenz des Berichtes des UN Generalsekretärs Our Common Agenda und der ihm folgenden Beratungen. Dieser bereits begonnene Prozess sollte in der deutschen Diskussion als wichtige Aufgabe der internationalen Konsensbildung verstanden werden. Es gilt, zumal die Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft aktiv zu beteiligen. Zeitenwende global

sollte auch bedeuten, die Vorschläge, die Antonio Guterres in seinem grundlegenden Bericht gemacht hat, zu unterstützen, z.B. die praktische Verwirklichung eines UN Nachhaltigkeitsrates. Letztlich geht es um einen Prozess der Orientierung auf das globale Gemeinwohl, um einen neuen Gesellschaftsvertrag, eine Vision für ein Umdenken in den Beziehungen zwischen Staaten und ihren Bürgern und Bürgerinnen. Staatliche Institutionen würden auf ihre Pflicht verwiesen, die Menschen in ihren jeweiligen Ländern und damit die universellen Menschenrechte besser zu schützen.

Es kann sein, dass diese Entwicklungen angesichts der neuen Rahmenbedingungen keine Chance erhalten. Aber ohne das Engagement der G7 und anderer von Beginn an werden sie ganz sicher keine Chance haben. Es lohnt also das Engage

### **Nachsatz:**

Das vorliegende Papier kann als zweiter von drei Denkschritten verstanden werden, mit denen die Folgerungen aus dem Abzug aus Afghanistan („Wofür steht der Westen?“) und aus dem russischen Angriff auf die Ukraine („Was heißt und was folgt aus der Zeitenwende?“) gezogen werden. Im dritten anvisierten Schritt wird es um die politische Konkretisierung eines „souveränen Europa“ in einer multipolaren Welt gehen.